

Solidarität für Wellenbrecher der Krise

Der Wucht der durch die Corona-Krise verursachten existentiellen Not sind sich Viele nicht bewusst! Das zeigen die Leserbriefe zur Initiative «Corona-Solidaritätsbeitrag von Vermögende während 5 Jahren» in der SN vom 23.12.2020. Die SP hat schon im Bundesparlament in Bern gekämpft für Erwerbsausfallentschädigungen für Selbständige, Nothilfemassnahmen für die Eventbranche, Reisebüros und Schausteller, aber auch Härtefallregelunge für Gastrobetriebe. Das alles waren Forderungen der Linken, die nur auf grossen öffentlichen Druck mehrheitsfähig wurden. Viele KMU sind enttäuscht, dass sie ausgerechnet während der schweren Krise von SVP und FDP, ohne mit der Wimper zu zucken, im Stich gelassen wurden. Schaffhausen hat die Chance, das besser zu machen. Viele Kleinbetriebe sind zwangsmässig geschlossen oder arbeiten nur sehr reduziert, um das Virus einzudämmen. Diese Betriebe sind Wellenbrecher der Corona-Pandemie, sie leisten einen unbezahlbaren Dienst an unserer Gesellschaft und für uns alle. In Bern haben wir die Grundlagen für Härtefälle gelegt. Es liegt aber in den Händen der Kantone, die Hilfe rasch und unbürokratisch zu leisten und die Spielregeln für die Auszahlung festzulegen. Gerade im Kanton Schaffhausen wurden bisher die Hilfesuchenden allzu oft abgewiesen, weil ihre Betriebe als angeblich «nicht überlebensfähig» einstuft wurden, da sie hart am Existenzminimum arbeiten und keine Reserven bilden konnten. Rund drei Viertel der KMU, die zahlreiche Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, zahlen keine oder ganz wenig Steuern, gehören genau zu dieser Kategorie; sie sind auf unsere Solidarität angewiesen. Die kantonale Initiative «Corona-Solidaritätsbeitrag von Vermögenden während 5 Jahren» zielt darauf ab, durch einen moderaten, zeitlich befristeten Zuschlag auf Vermögensteile über 2 Millionen dem Kanton und den Gemeinden zu ermöglichen, die Wellenbrecher der Pandemie jährlich mit rund einer Million Franken zu unterstützen, damit sie ihre Existenz nicht unwiderruflich verlieren.

28.12.2020; Martina Munz, Nationalrätin